

## Wird die politische Bildung wieder wichtiger?

Kommentare eines „kritischen Freundes“ zum Fachgespräch „Politische Bildung – (k)ein Thema für die Weiterbildung?“ am 18. April 2016 in Berlin

*Wilfried Kruse*

Titel des Fachgesprächs sowie die Einführung von *Dr. Eva Maria Bosch (Brandenburg)* und *Dr. Ulrich Raiser (Berlin)* gaben einen fragenden, zur Auseinandersetzung auffordernden Grundton vor, der sich aus den Erfahrungen aus der Länderperspektive speist. Die Debatten um Ansätze und Schwerpunkte der länderseitig zu fördernden Weiterbildung seien in der jüngeren Vergangenheit vor allem durch die Thematisierung beruflicher oder beruflich verwertbarer Kompetenzen geprägt worden; Politische Bildung habe, wenn überhaupt, dann nur am Rande eine Rolle gespielt. Auch in der Weiterbildungspraxis stagniere, soweit man erkennen könne, die Teilnahme an Veranstaltungen der Politischen Bildung. Da sich aber der Arbeitskreis Weiterbildung der Kultusministerkonferenz mit Angelegenheiten der allgemeinen und der politischen Weiterbildung befassen solle, sei es gewissermaßen überfällig, gemeinsam die Rolle der Politischen Bildung im Kontext der gemeinsamen Weiterbildungsaufgaben zu untersuchen und zu erörtern.

Der einführende Beitrag von *Hans-Georg Rosenstein (Nationale Koordinierungsstelle Europäische Agenda für Erwachsenenbildung)* hob den Stellenwert der Politischen Bildung im Kontext der Europäischen Agenda für Erwachsenenbildung hervor: Zwar werde für die Europäische Agenda ab 2015 eine deutliche Priorität auf Beschäftigungsfähigkeit gesetzt, allerdings werde mit der „Pariser Erklärung“ der Europäischen Bildungsminister die Politische Bildung in den Blick gerückt. Ausgelöst durch die Terroranschläge von Paris, verabschiedeten sie am 17. März 2015 eine Erklärung, nach der eine Bildung – insbesondere für Jugendliche – gestärkt werden soll, „die Rassismus und jede Art von Diskriminierung bekämpft, die Demokratie und Menschenrechte fördert,...“ (Punkt 2 des Katalogs der Zielsetzungen). Eine erste Umsetzung dieser Erklärung finde sich z.B. im Programm Erasmus+ im Rahmen der Schlüsselaktion 3 mit einem neuen „Call for Proposals“, der ausdrücklich auf „Soziale Integration“ abhebt.

Das Tagungsprogramm sah nun vor, zunächst einen Schritt zurückzutreten und die Politische Bildung in ihrer historischen Entwicklung zu erinnern. Der Beitrag von *Prof. Dr. Joachim Ludwig (Universität Potsdam)* „passte“, weil er in historisch-rekonstruktiver Perspektive für die damalige Bundesrepublik die „Re-Education“ als eine Art von Zäsur ins Zentrum rückte und damit ein Nachdenken über Parallelen und Unterschiede zu den Intentionen der „Pariser Erklärung“ ermöglichte. Konzepte und Ausformungen der Politischen Bildung stehen, folgt man Ludwigs Charakterisierung verschiedener Phasen im Nachkriegsdeutschland bis heute, in einem engen Bezug zu den jeweiligen tiefgreifenden gesellschaftlichen

Veränderungen. Als Ergebnis befinde sich die Politische Bildung in ihrer Entwicklung heute in einem schwierigen und spannungsreichen „Dreieck“ von Anforderungen an sie, nämlich Staatsbürgerkunde – individuelle Problemstellungen – zivilgesellschaftliche Problemlagen. Individualisierung und das für die 70er und 80er Jahre charakteristische Aufkommen neuer sozialer Bewegungen sind hier als Trends angesprochen, die das mit der „Re-Education“ gesetzte Bild vom Staatsbürger kritisch befragen.

In der anschließenden Diskussion wurde unterstrichen, dass es produktiv sei, sich mit einem Phasenkonzept der Entwicklung der Politischen Bildung *und* ihrer Rahmenbedingungen zu nähern; kritisch angemerkt wurde allerdings, ob die vorgestellten Charakterisierungen der Phasen nicht zu stark auf politische *Kultur* abheben und zu wenig jene krisenhaften Einschnitte berücksichtigen, die das Wohlfahrtsversprechen des „Rheinischen Kapitalismus“ beschädigten und damit auch der „Politik“, die als Garanten hierfür angesehen wurden, erhebliche Legitimationsprobleme bereiteten. Eine vergleichende Betrachtung der Entwicklung in der SBZ/DDR wäre wünschenswert, scheint aber bisher nicht verfügbar zu sein.

Es bleibt also zu klären, welcher Art die *Chronologie* sein müssten, auf deren Folie Weiterentwicklung und/oder Stagnation der Politischen Bildung plausibel interpretiert werden könnte.

Diese Frage stellte sich auch beim Beitrag von *Hella Huntermann (Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)*, die sich von der Seite der *Statistik* der Politischen Bildung in den Volkshochschulen näherte. Bei der Auswertung der VHS-Statistiken stellt sich unmittelbar die Frage, was aus den VHS-Programmen zur Politischen Bildung zu rechnen sei. *Huntermann* entschied sich dafür, als Kernbereich Politik und Geschichte zu verstehen und zu einem erweiterten Bereich Wirtschaft, Soziologie und Recht hinzuzufügen.

Betrachtet man die Entwicklung nach Unterrichtsstunden im Kernbereich seit 1991, dann schwankt deren Anzahl leicht um 90.000. Für den erweiterten Bereich gilt, dass die Schwankungen um 150.000 Unterrichtsstunden etwas stärker, aber nicht spektakulär sind. Für beides gibt es in den Jahren 2000-2002 einen stärkeren Ausschlag nach oben. Übersetzt auf 1.000 Einwohner ist die Verteilung der Unterrichtsstunden in den östlichen Bundesländern deutlich niedriger als in den westlichen; in beiden Bereichen geht sie aber zwischen 2004 und 2014 deutlich zurück. In den urban verdichteten Räumen konzentrieren sich mehr Unterrichtsstunden als in den ländlichen Räumen.

Was sagt dieser Blick in die Statistik? Auf den betrachteten Zeitraum bezogen, sind – durchschnittlich betrachtet – kaum Veränderungen zu sehen und auch keine starken „Ausbrüche“ nach oben und nach unten, alles dies mit einer leichten, aber deutlichen Tendenz zur Abnahme des quantitativen Gewichts der Politischen Bildung. Auch der mit Zahlen hinterlegte Blick auf West und Ost und urban verdichtete und ländliche Räume überrascht nicht. Eine von *Hella Huntermann* ergänzend präsentierte Übersicht über die Entwicklung in Berlin zeigt aber deutlich stärkere Ausschläge an verschiedenen zeitlichen Punkten. Es kann also durchaus von Interesse sein, in die jeweiligen lokalen Entwicklungen hineinzusehen.

Auch *Prof. Dr. Wolfgang Seitter* (*Philipps-Universität Marburg*) bezieht sich in einem Teil seines Beitrags mit dem Titel „Politische Bildung Erwachsener in Hessen“ auf Zahlen und plädiert dafür, neben dem Kursangebot Politik ein breiteres Spektrum von politiknahen Angeboten, aber auch andere Formate, wie z.B. Studienfahrten, mit den Blick zu nehmen. Bezieht man bei den Kursangeboten ein breiteres Spektrum ein, dann kann man knapp 6 Prozent aller Kurse an hessischen Volkshochschulen zum Feld „Politik“ zählen. Nimmt man Ausstellungen, Studienfahrten und – reisen, die einschlägig sind, hinzu, dann haben 38,4 Prozent aller VHS-Veranstaltungen (mit 25 Prozent aller registrierten TeilnehmerInnen) einen Politikbezug.

Wie das tatsächliche Gewicht der Politischen Bildung im Rahmen der Erwachsenenbildung eingeschätzt wird, hängt also in hohem Maße davon ab, was unter Politischer Bildung verstanden werden soll. *Seitter* schlägt ein mehrdimensionales Verständnis vor, das nach Angebotssegment, – Format und – Institutionalform, nach Adressaten, Didaktik und im Sinne eines Querschnittselements unterscheidet.

Auch in Hinblick auf die Funktion Politischer Bildung könne unterschieden werden zwischen einer fachlichen, einer fachpolitischen und einer strukturellen Funktion. Von daher kommen dann *Umfelder und Umfeldbedingungen* in den Blick, die konstitutiv für Gewicht, Platz und Wirksamkeit der Politischen Bildung sind. Zu diesen Umfeldern und Umfeldbedingungen gehören u.a.: Zuständigkeit, Finanzierung und Kooperationsorientierung, die Kommunen bzw. Landkreise als Träger der Volkshochschulen und damit als direktes Umfeld, und neben den Volkshochschulen auch die weiteren Träger von Weiterbildung, die mit ihrer je spezifischen Wertorientierung, ihrer Lobbyarbeit und ihrem politischen Gewicht das Umfeld der Politischen Bildung im Sinne von institutionalisierten Bildungsprozessen mitprägen.

*Wolfgang Seitter* rückt mit dem *Umfeld* eine *vermittelnde* Ebene zwischen der überörtlichen Weiterbildungspolitik und der konkreten Art und Weise der Politischen Bildung in die Aufmerksamkeit, auf die auch schon von *Hella Huntermann* mit dem Beispiel Berlin hingewiesen wurde. Dieses eher lokale *Umfeld*, das sich von der Einstellung der Kommune und der lokalen oder regionalen Institutionen im Feld bis zu den Einrichtungs- und Fachbereichsleitungen erstreckt, erscheint auf diese Weise als eine der wichtigen erfolgskritischen Gelingensfaktoren.

Es gehe also – so *Wolfgang Seitter* – abschließend, um eine Art Gleichklang in einer Trias von fachlicher, fachpolitischer und struktureller Ausrichtung, die sich heute in einem spannungsreichen Feld bewege, das vor allem durch vier „Spannungspaare“ gekennzeichnet sei: Bereichsspezifisch vs. Allgemeine Teilhabe, Explizite Verortung vs. Diffuse Hybridität, spezifische Didaktik vs. umfassende Thematisierungsform und Einrichtungswollen vs. Umfeldgebundenheit. Damit wird die konkrete Anlage und Ausgestaltung von Politischer Bildung (auch) zu einer Frage von Auseinandersetzung, Klärung und Aushandlung. Diese Spannungsverhältnisse sind im Übrigen auch im Hessischen Weiterbildungsgesetz präsent, indem im grundsätzlichen § 2 ein integrativer Ansatz von einer bereichsbezogenen Aufzählung gefolgt wird. Dort heißt es: Das Bildungsangebot der Einrichtungen der Weiterbildung „umfasst Inhalte, die die Entfaltung der Persönlichkeit fördern, die Fähigkeit zur Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens stärken und die Anforderungen

der Arbeitswelt bewältigen helfen. Es umfasst die Bereiche der allgemeinen, politischen, beruflichen und kulturellen Weiterbildung...“

Vor diesem Hintergrund einer mehrstimmigen *Bestandsaufnahme* stellten schließlich *Prof. Dr. Joachim Ludwig, Malte Ebner von Eschenbach und Farina Wagner (alle Universität Potsdam)* Überlegungen zu „Möglichkeiten politischer Bildung in gesellschaftlichen Wandlungsprozessen“ vor. Sie plädierten dafür, nach der „rational-bürgerlichen Politischen Bildung“, die eher durch Zielvorwegnahme statt durch Zieloffenheit charakterisiert sei, und der Aufsuchenden Politischen Bildung mit ihrem Spannungsverhältnis von Politik und Politischem nun (auch) mit *Offener Politischer Bildung* zu experimentieren.

Auf der Differenzachse zwischen Außen- und Innenperspektive von Bildungsbedarfen markiert Offene Politische Bildung die Betonung der Innenperspektive im Sinne eines sinnverstehenden Zugangs. Ein neues Verständnis von *Zielgruppenarbeit* sei hierfür Voraussetzung, bei dem die politischen Bildner die Zielgruppen nicht vorab definieren, sondern in einen Prozess der dialogischen Zielgruppenansprache eintreten, und erschlossene Lerngruppen nicht mit vordefinierten Zielen konfrontieren, sondern mit ihnen in einen Arbeitsprozess eintreten, den die AutorInnen „Zielgenerierung als Lernprozess“ nennen.

Diese Herangehensweise wird als *Erweiterung* des Repertoires politischer Bildung verstanden, die aber ihren Ort gewissermaßen außerhalb des institutionellen Raums der Einrichtungen der Erwachsenenbildung hat. Von daher sei es erforderlich, *Schnittstellen* zu definieren und sie z.B. mit *Netzwerken der Politischen Bildung* zu gestalten. Berührungspunkte zu den angelsächsischen kritischen Ansätzen des „Community Development“ werden erkennbar.

Die nachfolgende Diskussion machte sich vor allem an der Spannung zwischen Offenheit und den Aufgaben, Verfahren und Regeln fest, wie sie z.B. auf der Länderebene für Weiterbildungsförderung vorgegeben sind.

Es war eine Art Ausgangsthese der Veranstaltung: zu konstatieren sei eine schon seit Jahren rückläufige Entwicklung der im Rahmen der Erwachsenenbildung angebotenen Politischen Bildung. Wie die empirische Überprüfung dieser Wirklichkeit ausfällt, hängt u.a. von der Definition dessen ab, was unter Politischer Bildung verstanden werden soll. Legt man eine engere, gewissermaßen „klassische“ Definition zugrunde, dann stagniert der Anteil der Politischen Bildung am Gesamt der von den anerkannten Trägern durchgeführten Bildung, während z.B. Angebote der beruflichen Weiterbildung expandierten.

Dies ist vor allem deswegen bemerkenswert, weil insbesondere in den letzten beiden Jahrzehnten die Turbulenzen und „Unübersichtlichkeiten“ in der politischen Welt enorm gewachsen sind (Stichworte u.a.: 11. September 2001, Finanzkrise 2008 und die Folgen z.B. innerhalb der EU, Afghanistan-Konflikt, Krieg in Syrien und die massive Flüchtlingsbewegung, die Terroranschläge von Paris und Brüssel...). Der Bedarf, sich die Welt zu erklären, ist also gestiegen, „objektiv“ und – soweit erkennbar – auch im Sinne von subjektiven „Erklärungsbedürfnissen“, ohne dass dies zu einem „run“ auf die Politische Bildung geführt hätte. Anders gesagt: dieser

erhöhte Erklärungs- und Orientierungsbedarf überträgt sich nicht in Nachfrage nach „Politischer Bildung“.

Die Erörterung möglicher Ursachen für die mangelnde Attraktivität „klassischer“ Politische Bildung nahm einen breiten Raum ein. Eine Frage war, inwieweit die „klassische“ Politische Bildung in ihrem Namen wie auch in ihrer Form weiterhin das Image von „Re-Education“ transportiert. Der Neustart der Politischen Bildung nach 1945 hatte eindeutig diese Aufgabe der Demokratiebildung bzw. der Bildung zum Zwecke der Integration in das demokratische Gemeinwesen; ein parlamentarisch-demokratisches Gemeinwesen, das im Westen Deutschlands rasch eine erhebliche Stabilität erlangte.

Spätestens seit dem Aufkommen der Bürgerinitiativen-Bewegung begann allerdings eine Art von Vertrauensverlust in das „etablierte“ politische System; ein Vertrauensverlust, der sich in der letzten Zeit verstärkt hat und - neben sinkenden Wahlbeteiligungen – aktuell die bisherige Ausformung der Parteienlandschaft betrifft. Mit der AfD tritt zudem – wie es scheint: erfolgreich – eine Partei in die Arena, die das wachsende Welterklärungsbedürfnis auf die ihr eigene rechtspopulistische Art und Weise zu befriedigen und zu nutzen versucht.

Es kann deshalb wenig verwundern, dass mit der Glaubwürdigkeitskrise des überkommenen politischen Systems auch die mit ihr eng verbundene „klassische“ Politische Bildung weiter an Nachfrage einbüßt, u.a. nach dem Motto: „Ich will nicht, dass man mich belehrt!“

In diesem Kontext dieser widersprüchlichen Lage – zwischen stark angewachsenem Erklärungs- und vor allem Orientierungsbedarf *und* der mangelnden Attraktivität der überkommenen Art und Weise der Politischen Bildung muss nun auch die „Erklärung zur Förderung von Politischer Bildung“ beim Treffen der Bildungsminister der Europäischen Union am 17.3.2015 in Paris gefragt werden. Die Bildungsminister reagieren mit dieser Initiative zur Weitergabe und Stärkung humanistischer und demokratischer *Werte* insbesondere auf die Terroranschläge von Paris. Nach vielen Jahren, in denen die EU-Kommission und die Bildungsminister in der EU vor allem den Ausbau allgemeiner und beruflicher Bildung und dies vor allem auch unter dem Aspekt von Wettbewerbsfähigkeit im Auge hatten, wird nun die Wichtigkeit Politischer Bildung betont – und insbesondere wird auf die Jugend als Zielgruppe abgehoben. „Wertebildung“ aber erinnert an das, was damals „Re-Education“ war und leisten sollte. Es besteht also durchaus die Gefahr, dass versucht wird, den stark veränderten Voraussetzungen und Rahmenbedingungen mit einem Bildungsansatz beizukommen, der nicht (mehr) zeitgemäß ist.

In der Debatte wurde nun der auf Werte und Institutionen orientierte „klassische“ Ansatz mit einem Ansatz kontrastiert, der von der Prämisse ausgeht: „Das Alltägliche ist das Politische“. Ein solches breites Verständnis von Politischer Bildung, nach der das „Politische“ eine Dimension jedweden Gegenstands von Bildung sei, ist offenbar in den Einrichtungen der Erwachsenenbildung durchaus präsent – und wird in unterschiedlicher konzeptioneller Fassung, unterschiedlichen Formen und mit unterschiedlichen Methoden praktiziert.

Es spricht einiges dafür, dass mit einem solchen eher exemplarischen Ansatz die Einführung der „klassischen“ Politischen Bildung vermieden wird und sich politische Bildung den Lebenswelten der Menschen nähern kann. Befürworter eines solchen Ansatzes sehen ihn vor allem durch die bisherige Förderlogik für Politische Bildung behindert, die auf ein Kurssystem ausgerichtet ist, und wünschen sich, dass die Einrichtungen der Erwachsenenbildung mit solchen Ansätzen experimentieren könnten. Jenseits der bestehenden Förderlogiken ist aber zugleich die Frage aufgeworfen, ob sich damit Politische Bildung als „Fach“, also im Sinne eines ausgewiesenen gesonderten Programnteils der Erwachsenenbildung erledigt hätte und verzichtbar wäre.

Dies ist ein schwieriges Feld, das an diesem Tag nur ganz vorläufig ausgemessen werden konnte. Mit dem Fachtag ist gleichwohl ein erster Schritt im Sinne einer Neubestimmung der öffentlich geförderten politischen Bildung getan.

Zunächst und ganz allgemein setzen auch die exemplarisch angelegten oder implizierter vorgehenden Weisen des Lernens im Politischen voraus, dass die Lehrenden über den Kanon des Wissens und der Kompetenzen verfügen, der hierfür erforderlich ist. Diese Fachlichkeit ist und bleibt unentbehrlich: im Politischen zu bilden, ist keine Jedermanns-Kompetenz, auch wenn es manchmal aufgrund der Omnipräsenz des Politischen in unserem medialisierten Alltag so erscheinen mag.

Der „politische Bildner“ wird also nicht nur nicht überflüssig: an ihre oder seine Fachlichkeit ist bei den exemplarischen, impliziten und alltagsbezogenen Weisen des Lernens im Politischen mit einer viel höheren Anforderung im methodisch-pädagogischen Bereich und in Hinblick auf Anschlussfähigkeit verbunden. Die „politischen Bildner“ müssen darüber hinaus bereit und in der Lage sein, in mehrdisziplinären Lehrteams zu arbeiten. *Weiterbildung* wird zu einem wichtigen Hebel für Erneuerungen in der politischen Bildung.

Diese impliziten Formen des Lernens im Politischen setzen also bei den expliziten Interessen und Bedürfnissen an, die sich in der Nachfrage nach Bildung in einem breiten Spektrum von Themen und Gegenständen ausdrücken, oder die in den verschiedenen Formen der *aufsuchenden Bildung* an bürgerschaftliche Aktivitäten anknüpfen.

Überall dort, wo z.B. auch vermittels dieser impliziten Weisen des Lernens im Politischen bei Beteiligten das Bedürfnis und das Interesse an *aktiver politischer Teilhabe* entsteht, werden auch die „klassischen“ Themen der Politischen Bildung wieder relevant, deren Vermittlung im Übrigen explizit Aufgabe der Förderung Politischer Bildung durch die Länder ist : Wie funktioniert das politische System, z.B. auf der lokalen Ebene? Wo ist der „Ort“ für mein, für unser Anliegen? Welches ist der politisch-rechtliche Rahmen, in dem ich mich damit bewege, z.B im Feld aufenthaltsrechtlicher Fragen, um ein aktuelles Beispiel zu nennen. Welche Chancen, welche Hemmnisse gibt es für politische Teilhabe? Welches sind jeweils wichtige gesetzliche Regelungen? Welche normative Bedeutung hat das Grundgesetz als Basis und Rahmen politischen Handelns? Welches sind die Grundwerte? Wie ist die Deutschland politisch und rechtlich in übernationale Kontexte eingebunden? usw., usw.

Der wichtige Unterschied ist: Dieses Interesse wird nicht qua Überschrift „Politische Bildung“ aufgerufen, was zumeist an eine „bildungsbürgerliche Haltung“ appelliert, sondern wird durch ein konkretes Handlungs- und Teilhabeinteresse getrieben. An diesem Punkt angekommen, geht es aber auch hier um eine systematische Vermittlung von Kenntnissen, also, wenn man so will, um „Kurse“. Hier hätten dann auch jene Personen Platz, die schon als Politiker auf verschiedenen Ebenen tätig sind und nicht nur Handlungswissen, sondern auch *Reflexion* benötigen.

Es sieht also so aus, als ob Weiterführung *oder* Abkehr von „klassischer“ Politischer Bildung eine falsche Alternative ist, und es eher um ein „sowohl als auch“ unter der Prämisse einer *Reorientierung* geht, die sich auf das gesamte Setting der Politischen Bildung bezieht.

Eine solche Reorientierung betrifft nicht nur - und vielleicht sogar nicht primär – Methoden und Formate, sondern die Profilierung und Strukturierung der Politischen Bildung als eines „Teilsystems“ der Erwachsenenbildung, und nicht lediglich als nominelles Kursangebot. Was ist mit „Teilsystem“ gemeint? Dies meint vor allem, mindestens die drei genannten „Bausteine“ in eine systematische Beziehung zu setzen, nämlich (a) die Veranstaltungsformen des exemplarischen oder impliziten Lernens im Politischen, (b) renovierte Kurse des Typs „klassische“ Politische Bildung und (c) Weiterbildung für politische Bildner und Programmacher.

Hilfreich für das Inbeziehungsetzen dieser drei „Bausteine“ sind die Fragen nach den jeweiligen *Zielgruppen* und nach *Arbeitsteilung und Kooperation* zwischen verschiedenen Förderern von Politischer Bildung.

In Hinblick auf *Zielgruppen* wäre insbesondere zu klären, wen die (methodisch-didaktisch vermutlich weiter zu erneuernden) Kursangebote der Politischen Bildung in Zukunft vor allem adressieren sollen. Es liegt nahe, diese zumindest *auch* als Element oder Stufe eines längeren Prozesses des Lernens im Politischen zu verstehen und anzubieten, also gewissermaßen als systematische Vertiefung und Kompetenzentwicklung für jene, die sich auf den Weg zu einem aktiven politischen Engagement machen oder dort schon angekommen sind. Dieser Typ oder dieses Format schlosse also an die implizierten Formen und Formate politischer Bildung an. Wie der Weg von einem zum anderen geöffnet und geebnet wird, ist dabei eine wichtige pädagogische und organisatorische Frage, bei der es u.a. auch um nahe an den Bildungsprozessen angesiedelte Beratung ginge. Jedenfalls ließe man auf diese Weise die mancherorts immer noch anzutreffende Praxis von Angeboten, die sich an eine unspezifische, aber bildungsaffine Öffentlichkeit wenden, hinter sich und käme zu zielgruppengenaueeren Ansprachen. Dies könnte so etwas wie eine gedachte und gestaltete Abfolge von „Modulen“ in einem längerfristigen politischen Bildungsprozess sein. Die Weiterbildung der politischen Bildner (dieser Aspekt wurde in der Diskussion mit der Frage nach ihrem zukünftigen Kompetenzprofil aufgerufen) wäre in einen solchen Kontext von Bildungsprozess-Förderung einzubetten.

Die Rede vom „Teilsystem Politische Bildung“ im Feld der Erwachsenenbildung erhalte dadurch Kontur. Denkbar wäre es nun, jenes Feld oder jene Felder dieses „Teilsystems Politische Bildung“ näher zu umreißen, die mit dem Förderungsauftrag der Länder in Übereinstimmung zu bringen sind *oder* wo auch dieser einer kritischen

Überprüfung bedürfte. Nun sind die Länder nicht die einzigen Förderer und Unterstützer politischer Bildung: die EU, die Bundesregierung, die Bundeszentrale für Politische Bildung, das Bundesinstitut für Berufsbildung, das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung und verschiedene Stiftungen sind hier ebenfalls aktiv. Deswegen wäre es sicherlich auch der Mühe wert zu prüfen, ob man sich zwischen diesen verschiedenen Förderern und institutionellen Akteuren die Ausgestaltung des künftigen „Teilsystems der politischen Bildung“ auch als gemeinsame Aufgabe (Stichwort: „Allianz für eine Bildung zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe“) im Sinne von Arbeitsteilung und Kooperation vorstellen kann.

Es besteht also ein erheblicher weiterer Klärungsbedarf. Für einen sorgvollen Blick auf die Zukunft der Politischen Bildung besteht im Grunde wenig Anlass. Vielmehr gibt es Anzeichen für den Beginn einer Periode der Aufwertung der Politischen Bildung, aber auch von Erwartungen an sie, die die Akteure in diesem Feld – politisch Verantwortliche, Förderer und „Macherinnen und Macher“ zu einer gemeinsamen Reflexion herausfordert, wenn nicht zwingt. Wenn das nicht zu abgedroschen wäre, könnte man vielleicht auch sagen: die Politische Bildung hat die Chance, sich neu zu erfinden.

*Dr. Wilfried Kruse war bis 2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter und zeitweilig Direktor der Sozialforschungsstelle Dortmund und arbeitet als freiberuflicher Berater im Bereich der Beruflichen Bildung, des Übergangs Schule – Arbeitswelt, der Entwicklung von (Industrie-)Arbeit, der Erwachsenen- und Grundbildung und der Politischen Bildung.*